



Infoblatt von Sabine Berninger, MdB

Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Ausgabe 21 | März 2011

Meine Daten gehören mir. Stoppt Zensus 2011!

Im Mai 2011 findet nach fast 25 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Volkszählung, der Zensus 2011, statt. Mit dem Zensus werden für fremde Zwecke und ohne Zustimmung der Befragten persönliche Daten bei den Meldebehörden und der Agentur für Arbeit zu einer riesigen Datei aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen zusammengefasst. Im Rahmen der Vorbefragung für die in diesem Jahr stattfindende Volks- und Gebäudezählung haben bereits hunderttausende Haus- und WohnungseigentümerInnen einen Fragebogen vom Thüringer Landesamt für Statistik erhalten. Im Anschreiben wurde versichert, dass die erhobenen Daten ausschließlich für statistische Zwecke genutzt, geheim gehalten und zum frühest möglichen Zeitpunkt gelöscht würden.

Tatsächlich aber können die Daten bis zu vier Jahre nach Übermittlung der Erhebungsergebnisse an die Europäische Union gespeichert werden. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird mit dieser Datenerhebung ein weiteres Mal ausgehöhlt: der Zensus 2011 ist eine riesige Datenkrake, die persönliche Daten aus

verschiedenen Verwaltungsbereichen ohne Zustimmung der Betroffenen zusammenfasst, eine Repersonalisierbarkeit erlaubt, Weiterverwendung der Daten nicht vollkommen ausschließt, in den privatesten Bereich hinein persönliche Einstellungen erforscht. Und deren Nutzen in keinerlei Verhältnis zu dem Grundrechtseingriff sowie den Kosten steht.

Auf Bundesebene sind die prognostizierten Kosten bereits auf über 750 Millionen

sehr in Grenzen, anders als noch in der BRD in den 80er Jahren.

Bei der Haushaltsbefragung werden von den Befragten die Offenlegung auch ihrer Religion und ihrer Weltanschauung verlangt. Menschen, die zur Datenabgabe aufgefordert werden, haben nur wenige Möglichkeiten, sich dieser zu entziehen. Aber es gibt Möglichkeiten, wie man reagieren kann, wenn die Befragten plötzlich an der Wohnungstür klingeln.

Über diese Möglichkeiten informiert die Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag mittels eines Flyers und in BürgerInnensprechstunden in den Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten.

Die Kritik der LINKEN: die Daten werden nicht ausreichend anonymisiert und sind den Befragten bis zu vier Jahre lang durch eine Ordnungsnummer zuzuordnen. Außerdem wecken Dateien dieses Ausmaßes Begehrlichkeiten, sie zukünftig auch für andere Zwecke zu „gebrauchen“.

Der Zensus 2011 verstößt gegen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung!

Mehr Infos auf www.die-linke-thl.de



Meine Daten gehören mir!

Euro gestiegen.

10 Prozent der Bevölkerung sollen beim Zensus im Mai - zusätzlich zu den Haus- und WohnungseigentümerInnen - befragt werden. Der öffentliche Protest gegen den Zensus 2011 hält sich leider momentan

künftig auch für andere Zwecke zu „gebrauchen“.

Landtagsinfo

■ Bodo Ramelow: Preisgestaltung von Nahrungsmitteln nicht Finanzjongleuren überlassen!

Angesichts der Hinweise, dass gegenwärtig die Preisspirale für Nahrungsmittel, wie Zucker, Öl und Mehl, drastisch anzieht, erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Wenn eine künstliche Verknappung und Verteuerung von Grundnahrungsmitteln die Folge von spekulativen Manövern ist, muss dieser verhängnisvollen Entwicklung der Riegel vorgeschoben werden.“ So wie beim Benzin die Kapriolen ins Unermessliche schlagen, stehe uns dies offenkundig bei den Nahrungsmitteln auch bevor. Aus diesem Grund hat der Vorsitzende der Linksfrakti-

on eine Anfrage an die Landesregierung auf den Weg gebracht und möchte von der Landesregierung wissen, mit welchen Maßnahmen man auf diese spekulativen Winkelzüge, die die Kaufkraft der Thüringerinnen und Thüringer erheblich schwächen können, begegnen will.

„Grundnahrungsmittel dürfen nicht zum Spekulationsobjekt von Finanzjongleuren werden! Die Preise von Nahrungsmitteln und Energie müssen so gestaltet sein, dass Menschen sie sich auch noch leisten können“, unterstreicht Ramelow.

■ Jörg Kubitzki: Gesundheitsreform geht zu Lasten der Bürger! Die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage der Techniker

Krankenkasse, wonach nur 65 % der ThüringerInnen mit dem Gesundheitssystem zufrieden sind und sich überdurchschnittlich viele Bürger eine grundlegende Umstellung des Gesundheitssystems und mehr staatlichen Einfluss wünschen, kommentiert der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion Jörg Kubitzki: „Die Befragung bestätigt, dass die Gesundheitsreform der Bundesregierung nur Stückwerk ist und ganz offensichtlich zu Lasten der Bürger geht.“ Laut Umfrage sei den Versicherten eine geringere finanzielle Belastung besonders wichtig; jeder dritte Thüringer würde weder eine Beitragserhö-

(Fortsetzung auf Seite 2)

